

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1946 bis 1956 Band 4

Das dreigeteilte Land: Ost-, Mittel- und Westdeutschland

Band 4/119: 06.04.1950 – 25.06.1950

06.04.1950

DDR: Die politischen Häftlinge des gefürchteten Internierungslagers Bautzen protestieren am 6. April 1950 in einem weiteren Brief gegen die unmenschlichen Haftbedingungen im sog. "gelben Elend".

Entlassene Häftlinge des Internierungslagers Bautzen schmuggeln damals folgenden Brief in die Bundesrepublik Deutschland (x126/203-210):

>>Bautzen, den 6. April 1950

Deutsche Männer und Frauen!

Zum zweiten Male rufen wir Euch, rufen wir jeden, der noch Anspruch auf die Bezeichnung Mensch erhebt, aus dem gelben Elendsbau in Bautzen um Hilfe. Erhört unseren dringenden Notschrei, denn wir haben nach der Absendung des ersten Berichtes Furchtbares erlebt!

Am 31. März, an dem wiederum von Tausenden unschuldiger Menschen in ihrer Angst vor dem Hunger, vor der Tuberkulose, in ihrer unermesslichen seelischen Qual und Ungewißheit um das Schicksal ihrer Angehörigen ein Notschrei aus der äußersten Verzweiflung in die Öffentlichkeit hinausgeschrien wurde, wurden wir von der Meute der entmenschten Volkspolizei mit grausamster Brutalität niedergeschlagen.

Alte und Junge, Kranke und Invaliden. Opfer des Faschismus und Kriegsversehrte wurden derart mit Gummiknüppeln, Koppeln und Fußtritten bearbeitet, daß Hunderte mit schweren Kopfverletzungen, Knochenbrüchen, Blutergüssen und Verrenkungen darniederliegen.

Die entmenschten Polizisten, die auch diesmal unter dem Kommando von Polizeirat Schulz standen und die durch Hinzuziehung einer an der tschechischen Grenze stationierten Alarmeinheit verstärkt worden waren, gingen bei dieser blutigen Aktion vollkommen planmäßig vor, indem sie jeweils in einen abgeschlossenen Saal eindrangen - in dem bis zu 400 Mann auf kleinstem Raum zusammengepfercht leben müssen - und dort in der allerbrutalsten, gemeinsten Art und Weise die Kranken, von Hunger geschwächten, wehrlosen Menschen durch die Gänge trieben, zur Tür hinausprügelten und die Treppe hinunterstürzten.

Selbst die diensthabenden Gefängnisärzte, die sich schützend vor die Gefangenen stellten, wurden rücksichtslos mit Gummiknüppeln niedergeschlagen, dann tobte sich der 'Mut' der blauen Banditen selbst an den Schwerkranken in viehischer Weise aus.

Die Hilfeleistung der Saalärzte an bewußtlos im Saal und auf der Treppe liegenden Inhaftierten wurde von Polizeirat Schulz mit der satanisch-zynischen Bemerkung begleitet "Laßt die Hunde verrecken!"

Man darf die Anzahl der Verletzten mit etwa zwei Drittel der Gesamtbelegschaft annehmen. Noch einmal, unter diesen Bedingungen vielleicht zum letztenmal, rufen wir die ganze zivilisierte Welt, wenden wir uns an die Gerechtigkeit und Menschlichkeit einer demokratischen, besseren, freien Welt, noch einmal entrollen wir vor der Öffentlichkeit die Vorgänge von Bautzen.

Nachdem in den ersten Tagen des Februar dieses Jahres die deutsche Verwaltung das Gefangenenlager Bautzen übernommen hatte, in dem etwa siebentausend Unschuldige schmachten, begann sie ihr Regime mit einer Kürzung der Lebensmittelrationen.

Die Verpflegung bestand nun: Frühmorgens aus heißem Wasser mit vereinzelt Nudeln, mittags aus einer Futterrunkelbrühe, eingesäuerten Mohrrüben oder Kartoffelschalensuppe mit Sauerkrautfäden.

Die Tuberkulose, die schon vorher als Schreckgespenst vor den Häftlingen gestanden hatte, wütete mit jedem Tage stärker, Medikamente waren praktisch nicht vorhanden, die sanitären Einrichtungen in einem Zustande, der es jedem erlaubte, sich auszurechnen, wann er dem würgenden Tod oder dem Hunger zum Opfer fallen würde.

Wie unsagbar schlecht, wie katastrophal die sanitären Zustände und der Gesundheitszustand der Häftlinge waren und sind, geht wohl am eindeutigsten aus der traurigen Tatsache hervor, daß bei der Übernahme des Lagers kein Amtsarzt sich bereit erklärte, weder Behandlungen und Betreuung noch etwa gar die Verantwortung für diese sechstausend zum größten Teil schwerkranken, behandlungsbedürftigen Insassen zu übernehmen, und daß selbst heute noch die ärztliche Behandlung allein in den Händen von gefangenen Ärzten liegt, denen lediglich ein Sanitätswachtmeister beigegeben ist.

Schwebt den Amtsärzten der DDR vielleicht das Schicksal der Ärzte in den ehemaligen Konzentrationslagern der Nazis vor Augen?

Die Volkspolizei sperrt die Post; die Zeitungslieferungen wurden eingestellt; jede kulturelle Betätigung innerhalb der einzelnen Säle ist verboten. Wir Häftlinge wurden als Verbrecher beschimpft, die Zählungen in Kehrtstellung durchgeführt.

So wurde die Belegschaft des Lagers ganz systematisch in eine Angstpsychose hineingetrieben, die sich noch ganz erheblich steigerte, als selbst sechs Wochen nach der Übernahme durch die deutschen Organe sich keiner der zuständigen Offiziere oder Verwaltungsbeamten dazu hatte bewegen lassen, auch nur mit einem Wort sich über die rechtliche Lage der Inhaftierten zu äußern.

Die Saalältesten und die Vertrauensleute wiesen immer und immer wieder in dringlichen Meldungen und beschwörenden Appellen die verantwortlichen Stellen auf diese Angstpsychose vor Hunger und Tbc hin.

In wiederholten Schreiben baten sie den Kommandeur, doch mit einigen aufklärenden Worten über den Fortgang der Dinge diese seelisch vollkommen zugrunde gerichteten Menschen zu beruhigen. Immer wieder wurde darauf hingewiesen, daß die jahrelange unmenschliche Haft mit ihren grausamen Bedingungen die Menschen vollkommen seelisch zermürbt und zerstört hatte.

Es war alles vergebens; es rührte und regte sich nichts. Hunger, Tbc und seelische Qualen trieben die Menschen zum Äußersten. Am 13. März rissen sie die Fenster auf und schrien ihre Not, ihre Angst und ihr Elend, schrien damit aber auch zugleich die Schande und die Schmach dieses Regimes in die Öffentlichkeit.

Diese Rufe mußten den Machthabern grausam in den Ohren gegellt haben, denn schon am nächsten Tage gaben Inspektoren, hohe Offiziere, Verwaltungsbeamte und Minister einander die Türklinke in die Hand, und am 16. März erschien in den einzelnen Sälen eine deutsch-russische Offizierskommission.

Während die russischen Offiziere lediglich die Versicherung abgaben, nicht nur in Karlshorst, sondern auch den Herren Pieck und Grotewohl unsere Lage eingehend zu schildern und eine Klärung herbeizuführen, versprachen die deutschen Polizeioffiziere - vor allem der traurig berüchtigte Polizeirat Schulz - das Blaue vom Himmel. Aufbesserung der Verpflegung, Verlegung der Jugendlichen, Arbeitsmöglichkeit für alle, Erneuerung der Bekleidung, sofortige Postzustellung, die Möglichkeit zu schreiben und unbeschränkt Pakete zu empfangen, Zahn-

bürsten, Kämmen, Seife sollten ausgegeben werden usw. Bautzen schien sich mit einem Male in ein Erholungslager verwandeln zu wollen.

Wer aber die Herren bei ihren Versprechungen ansah, konnte ihnen die befohlenen und bewußten Lügen vom Gesicht ablesen, und am deutlichsten dokumentierte sich die Wut und Angst in den Worten des Polizeirats Schulz: "Sie sollen alles haben, aber schreien Sie um Gottes willen nicht wieder."

Wir Häftlinge schrien nicht wieder. Wir hatten Verständnis mit verwaltungstechnischen Schwierigkeiten, wir waren auch nicht so gemein wie unsere Wärter; denn wir glaubten – sogar nach all den Jahren der Gemeinheiten und der Quälereien – an das Wort eines deutschen Beamten.

Aber wiederum geschah gar nichts. Das Hungern ging weiter, Tuberkulose herrschte, die Lage verschärfte sich noch, als deutsche Volkspolizisten von den Wachtürmen herab Anschlagübungen auf uns Inhaftierte vornahmen, als das Essen sich von Tag zu Tag noch mehr verschlechterte und als laufende Neuzugänge die qualvolle Enge noch steigerten, die Seuchengefahr vergrößerten.

Diese armen Opfer, diese schwer Tuberkulosekranken, wurden auf offenen Lastwagen hier eingeliefert, so daß bei der Ankunft schon ein Toter zu beklagen war und am gleichen Tage noch zwei Inhaftierte verstarben.

Wieder waren es die Gefangenen selbst, die in zahlreichen schriftlichen und mündlichen Gesuchen um eine Unterredung mit einem der verantwortlichen Männer nachsuchten. Nichts geschah.

Zum erneuten Male wurden die Menschen in einen Zustand getrieben, der ihnen den Genickschuß oder die Gaskammer als humanitärer, weil schnellere und schmerzlosere Methoden erscheinen ließ!

Um alle, aber auch restlos alle Möglichkeiten auszuschöpfen, wendeten sich die einzelnen Säle sogar an die höchsten Stellen in der DDR, unabhängig voneinander richteten sie auf dem Dienstwege an die verschiedenen Regierungsstellen der DDR Gesuche und baten um Abstellung der unmöglichen – weil zum Tode von tausenden Unschuldiger führenden – Zustände; baten um Klärung ihrer rechtlichen Stellung und vor allem um ein ordentliches Gerichtsverfahren, das ja nur ihre Unschuld beweisen konnte.

Als wiederum Tage und Wochen vergingen, ohne daß das Geringste erfolgte, genügte nunmehr eine Geringfügigkeit, um aus dieser Situation eine spontane Kundgebung hervorgehen zu lassen.

Am 31. März dieses Jahres schlug dann die Verzweiflungsstimmung um, wehrten sich ... Tausende gegen den immer näher rückenden Würgeengel Tbc und den Hungertod, schrien sie zum zweiten Male ihre Angst, Not und Pein in die Welt hinaus.

Am Mittag hatte man uns wieder eine stinkende dünne Runkelbrühe vorgesetzt; zu gleicher Zeit 'durfte' jeder Häftling eine Karte mit dem vorgeschriebenen Text schreiben:

"Liebe(r) ... !

Teile Euch mit, daß Ihr mir innerhalb acht Wochen einmal schreiben könnt und auch ich Euch in dieser Zeit einmal schreibe. Besuchs- und Paketempfang zur Zeit noch nicht gestattet. Herzlichen Gruß! ..."

Dieser neue Wortbruch, diese neue Gemeinheit führte endlich zu den Vorgängen des 31. März.

Wiederum wurden spontan die Fenster aufgerissen, wiederum gellten die tausendfachen Schreie und Sprechchöre den Kerkermeistern und Henkersknechten entgegen, wiederum schrien 6.000 gequälte, halbverhungerte Menschen all ihre Not in eine Welt, von der allein sie sich Hilfe versprachen!

Und wenn auch weit über die Hälfte aller Häftlinge diesen Hilfeschrei mit schweren Verlet-

zungen, mit Schmerzen und mit Blut bezahlen mußten, wenn auch die 172 Volkspolizisten mit ihren 16 Offizieren in Gegenwart höchster, goldbetreßter Herren, die sich dieses erhebende Schauspiel nicht entgehen lassen wollten, ihren Mut bewiesen und uns wehrlose Menschen derartig zusammenschlugen, daß noch heute die Opfer mit ausgeschlagenem Auge, bewußtlos und der Sprache beraubt mit zerschlagenen Knochen darniederliegen, ja, selbst wenn noch einige von uns diesen Einsatz mit ihrem Leben bezahlen müßten, da sie bei dieser Behandlung und Kost kaum den Blutverlust ersetzen können, so haben wir, so hat die gesamte Welt doch das Angesicht dieses Regimes als Fratze des Teufels erkannt.

Die Repräsentanten dieser Schandrepublik der DDR selbst stürmten mit Gummiknüppeln in der Hand die Säle und Zellen, in denen die Häftlinge ruhig auf ihren Pritschen saßen, sie selbst knüppelten alte, weißhaarige Männer nieder; sie schrien ihren Männern immer wieder zu: "Schlagt vor allem die Jugendlichen zusammen! Schlagt die Verbrecher tot!"

Freie Menschen in Deutschlands Westen!

Wenn Ihr nur einen Blick in unsere Säle hätten werfen können, nur einen einzigen Blick während dieser schmachvollen Vorgänge, wenn Ihr gesehen hättet, wie alte Männer, die ein Lebensalter schon im Dienste der Gemeinschaft standen oder für die sozialistische Bewegung sich eingesetzt hatten, nicht nur körperlich, sondern auch seelisch vollkommen zusammenbrechen, als sie von 18- bis 20jährigen politisch zuverlässigen Bestien den neuen Sozialismus eingepriegelt bekamen, wenn Ihr gesehen hättet, wie man die Kranken von den Liegestätten herunterwarf und blindwütig mit Gummiknüppeln auf sie einschlug, dann würdet Ihr, freie Menschen, mit grenzenlosem Entsetzen und namenloser Empörung vor diesem Verbrechen stehen, vor diesem Verbrechen gegen die Menschlichkeit, begangen fünf Jahre nach der Beseitigung des Regimes, dessen es würdig wäre.

Genossen und Parteifreunde!

Deutsche Menschen diesseits und jenseits der Grenzen! In unserer namenlosen Verzweiflung und Not wenden wir uns an Euch, wir wenden uns an alle Parteien und Organisationen! An die kirchlichen Verbände und Religionsgemeinschaften!

Wir wenden uns an den Kampfbund gegen die Unmenschlichkeit und das Ministerium für Wiedervereinigung!

Wir wenden uns an das Rote Kreuz und die Liga für Menschenrechte!

Wir wenden uns an alle Demokraten, an alle Menschen in einer freien Welt:

Hört unseren Schrei!

Hört den Schrei der 6.000 gequälten und hungernden Gefangenen, die in Euch ihre allerletzte Hoffnung sehen, die von Euch Rettung für sich und ihre Familien ersehnen.

Hört uns und helft uns!

Helft den Tausenden von Unschuldigen, die als Opfer einer blutigen Tyrannei schon 20.000 ihrer Kameraden in der Erde verscharren mußten!

Hört uns, Genossen der SPD!

Tausende Eurer Genossen wurden von den Banditen der Einheitspartei ermordet, hört die Überlebenden und helft ihnen.

Hört uns, Freunde der CDU, LDPD!

Eure besten Mitglieder sind es, die hier brutal und systematisch zu Tode gequält werden, weil sie es gewagt hatten, für ihre Partei einzutreten!

Hört uns, ihr Menschen jenseits der deutschen Grenze!

In der allerhöchsten Not schreien wir zu Euch!

Schon einmal habt Ihr Legionen Unschuldiger, Gequälter vom Tode errettet, duldet nicht, daß zum zweiten Male unersättliche Machtgier, niedrigste animalische Instinkte und teuflische Mordlust sich an aufrechten Menschen austoben!

Menschen in allen Ländern! Erhört uns! Prangert diese Verbrecher und ihre viehischen Will-

kürakte an!

Ruft durch Eure gesamte Presse die anständigen Menschen auf zum Kampf gegen dieses Untermenschentum!

Schickt unseren Schrei der Not und Verzweiflung durch Draht und Radio durch alle Welt!

Genossen! Freunde! Menschen!

6.000 beschwören Euch! Hört den Aufschrei dieser Gemarterten!

Jeder Tropfen Blut, der hier vergossen wurde, muß brennen im Gewissen der Menschheit, muß brennen als Schandfleck eines Blutregimes!

Duldet nicht länger, daß Verbrecher und Mörder ihre sadistischen Triebe an Unschuldigen austoben! Laßt es nicht zu, daß nach der braunen jetzt die rote Diktatur mit denselben Methoden jede Menschlichkeit niederknüpelt und finsternes Mittelalter nochmals zur Herrschaft gelangt!

Erhört unseren Notschrei!

Hört ihn, alle, die Ihr noch Menschenantlitz tragt und die Ihr noch einer menschlichen Regung fähig seid!

Hört und helft uns. Legt diesen Unmenschen, legt diesem Blutregiment das Handwerk!

Genug des unschuldig vergossenen Blutes! Genug der Opfer, die im Kampfe gegen Willkür und Diktatur, gegen Sklaverei und Knechtschaft fielen! Genug der Opfer, die hinter Stacheldraht in elenden Baracken, in Zellen und Gaskammern, in Konzentrationslagern hingemordet wurden! Genug der Opfer, die Hunger, Seuchen und Tuberkulose grinsend hinwegrafften! Genug der unschuldigen Toten! Nicht mehr Tod und Vernichtung, Leben und Aufbau sollen regieren!

Wir rufen die gesamte zivilisierte Welt!

Wir wollen nicht dem Hunger und der Tuberkulose zum Opfer fallen!

Wir wollen nicht langsam verrecken wie hilfloses Vieh!

Wir rufen die freien Menschen in aller Welt!

Wir wollen arbeiten, aufbauen, leben!

Wir wollen der Freiheit in der ganzen Welt zum Siege verhelfen!

Erhört uns, Brüder und Schwestern in der ganzen Welt!

Helft uns!<<

Herbert Wehner (1906-1990, von 1949-1983 SPD-Abgeordneter des Bundestages) liest diesen zweiten Brief aus Bautzen im Mai 1950 während des SPD-Parteitag in Hamburg vor.

16.04.1950

BRD: Die Zeitschrift "Stern" fordert am 16. April 1950 (x043/128): >>... Schluß mit den Bomben auf Helgoland

Helgoland, einst das Juwel unter den Nordseeinseln, gleicht heute einer Mondlandschaft. Menschenhand hatte dem roten Felsen Glanz verliehen; Menschenhand vernichtete ihn.

Schon 1945 mußten die Einwohner unter Zurücklassung aller privaten Habe die Insel räumen.

1947 wurden die Befestigungsanlagen in die Luft gejagt; ein Rauchpilz wuchs in die Wolken, der seinesgleichen nur bei Atomexplosionen hatte.

Und was damals noch übrigblieb, dessen nahmen sich dann die Bomben an, Bomben in tiefstem Frieden. Helgoland wurde zur Zielscheibe der Royal Air Force.

Jetzt nach 3 Jahren, hat die britische Regierung zum ersten Mal eine zeitweilige Unterbrechung des Bombardements angeordnet.

Dieser Beschluß erfolgte, nachdem Helgoländer Fischer gegen die Bombardierung ihres Friedhofes protestiert hatten, und dieser Protest von dem konservativen Abgeordneten Professor Savory im Unterhaus vorgetragen wurde. ...

Mit der dauernden Einstellung des Bombardements und der Erlaubnis zur Wiederbesiedlung der Insel würde eine jener sinnlosen Hypotheken aufgekündigt, die das deutsch-englische

Verhältnis fast unerträglich belasten, und deren Zinsen nur von radikalen Kräften eingestrichen werden.

Noch ist es nicht zu spät. Doch die Zeit drängt. Denn die Insel Helgoland wird zwar nie wieder ein "Gibraltar des Nordens" sein. Aber sie könnte leicht zum "Stalingrad für die britische Besatzungspolitik" werden.<<

19.04.1950

DDR: Das SED-Regime verkündet am 19. April 1950 das "Gesetz der Arbeit" (Veröffentlichung des Arbeitsgesetzbuches).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Arbeitsgesetzbuch" der SBZ (x009/30): >>... Als Grundlage der rechtlichen Regelung des Arbeitsverhältnisses werden die Arbeiter- und Bauernmacht, das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln und die Planwirtschaft bezeichnet.

Das Recht auf Arbeit wird in die Pflicht zur Arbeit umgedeutet. Der FDGB wird Schule des Sozialismus (Marxismus-Leninismus) und allseitiger Vertreter der Interessen der Werktätigen genannt, wobei die Interessen der Arbeitnehmer mit den Interessen des staatlichen Arbeitgebers und der SED identifiziert werden. ...

Das Lohnsystem wird auf das Leistungsprinzip gegründet. Erhöhung des Arbeitslohnes und der Verkürzung der Arbeitszeit wird von der Erhöhung der Arbeitsproduktivität abhängig gemacht.

Weitere Kapitel enthalten Bestimmungen über die Arbeitsdisziplin und die Regelung von Arbeitsstreitigkeiten durch Konfliktkommissionen und Arbeitsgerichte.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Konfliktkommissionen" in der SBZ (x009/223-224): >>Seit 1953 bestehen in den Betrieben und Verwaltung Konfliktkommissionen.

Sie hatten ursprünglich nur die Aufgabe, Arbeitsstreitigkeiten im Betrieb zu entscheiden. Sie setzten sich aus 4 Mitgliedern zusammen, von denen je zwei von der Betriebsleitung und der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) bestellt wurden. Ihre Beschlüsse mußten einstimmig gefaßt werden. Kam ein Beschluß nicht zustande, konnte das Arbeitsgericht angerufen werden.

...

Auf dem 4. Plenum des ZK der SED forderte Ulbricht, den Konfliktkommissionen größere Verantwortung und größere Rechte zu übertragen. Ohne gesetzliche Grundlage wurden daraufhin in vielen Betrieben erweiterte Konfliktkommissionen gebildet, die sich mit Verstößen gegen die sozialistische Arbeitsmoral, gegen die Arbeitsdisziplin und mit kleineren kriminellen Delikten, die mit dem Betrieb im Zusammenhang standen, befaßten. ...

In die Zuständigkeit der Konfliktkommission fällt nunmehr die Entscheidung über Verstöße gegen die sozialistische Moral und die Arbeitsdisziplin. Sie behandelt ferner Einsprüche gegen Disziplinarmaßnahmen der Betriebsleitung, Streitfälle mit der Sozialversicherung über kurzfristige Barleistungen und mit der Kasse der gegenseitigen Hilfe. Wie bisher, entscheidet sie über Arbeitsstreitigkeiten im Betrieb.

Ferner hat die Konfliktkommission über strafbare Handlungen zu entscheiden, soweit diese wegen ihres geringen Grades der Gesellschaftsgefährlichkeit nicht vor den Strafgerichten zu verhandeln sind (geringfügige Fälle von Diebstahl, Betrug, Unterschlagung zum Nachteil gesellschaftlichen Eigentums, Sachbeschädigung, leichte Körperverletzung, Beleidigung), unter Voraussetzung, daß sie sich im Betrieb abspielten.

Die Konfliktkommission kann nur Erziehungsmaßnahmen auferlegen, jedoch keine fristlosen Entlassungen anordnen oder Geld- oder Freiheitsstrafen verhängen. Sie können u.a. eine gesellschaftliche Mißbilligung aussprechen, einen Beschuldigten verpflichten, sich beim Geschädigten oder vor dem gesamten Kollektiv zu entschuldigen, und ihn verpflichten, einen Schaden durch eigene Arbeit zu beheben.

Die Konfliktkommissionen werden von der Belegschaft gewählt. ... Die Wahl erfolgt auf 2 Jahre und soll mit den Gewerkschaftswahlen koordiniert werden. Die Konfliktkommissionen bestehen aus 6 Mitgliedern mit 3 bis 6 Vertretern.

Die Beratungen der Konfliktkommissionen sind öffentlich und sollen im großen Kreis stattfinden. Auf jeden Fall sollen die Angehörigen des Kollektivs teilnehmen, die mit dem betroffenen Werkstätigen zusammenarbeiten. Jeder Betriebsangehörige ist berechtigt, vor der Konfliktkommission seine Auffassung darzulegen. Im übrigen wird die Verhandlung völlig formlos geführt. Sie findet außerhalb der Arbeitszeit statt.

Für die Entscheidung genügt jetzt eine Zweidrittelmehrheit. Beschlüsse in Arbeitsstreitigkeiten können weiter beim Kreisarbeitsgericht angefochten werden. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Arbeitspolitik" in der SBZ (x009/34-36): >>Die kommunistische Arbeitspolitik geht von der Vorstellung aus, daß durch die Überführung der Produktionsmittel in Volkseigentum die natürlichen Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit aufgehoben seien und die Interessen des "Staates", der als Eigentümer der Produktionsmittel gleichzeitig Arbeitgeber ist und nach den Anweisungen der SED die gesamte Volkswirtschaft wie ein Unternehmen plant und leitet, mit denen der Arbeitnehmer identisch seien.

Die Arbeitspolitik ist zur Funktion der Wirtschaftspolitik geworden. Ihr Hauptziel ist wirtschaftlicher Natur. Die Produktion soll mit allen Mitteln erhöht werden.

Der Fürsorgegedanke, im Parteijargon "die Sorge um den Menschen", ist zwar nicht ganz ausgeschaltet und wird je nach der politischen Situation und vor allem je nach Stimmung der Arbeiterschaft mehr oder weniger betont, aber der arbeitende Mensch wird auch dort, wo ihm Fürsorge zuteil werden soll, nur als Objekt der Arbeitspolitik behandelt.

Um Störungen dieser Arbeitspolitik auszuschalten, sind die arbeitenden Menschen ihrer Interessenvertretung beraubt. Die Betriebsräte wurden im Jahre 1948 abgeschafft und an ihre Stelle die Betriebsgewerkschaftsleitungen, die unteren Organe des FDGB gesetzt. ...

Obwohl Art. 14 Abs. 2 der Verfassung das Streikrecht der Gewerkschaften gewährleistet, wird es mit der Behauptung verweigert, die Werkstätigen könnten nicht gegen sich selbst streiken. ... Da der FDGB indessen die Führung der SED vorbehaltlos anerkennt, damit also dem Willen des "staatlichen Arbeitgebers" untergeordnet ist, kann er bei Wahrnehmung seiner Aufgaben nicht die Interessen der Arbeitnehmer vertreten, sondern muß die "staatlichen" Interessen voranstellen.

In einem System ohne echte Interessenvertretung der Arbeitnehmer hat ein autonomes kollektives Arbeitsrecht keinen Platz. ...

Dem hervorragenden Ziel der Arbeitspolitik, der Erhöhung der Produktion, dienen:

- a) die Vermehrung der Zahl der Arbeitskräfte,
- b) ihr zweckmäßiger Einsatz und
- c) die Erhöhung der Arbeitsproduktivität.

a) Zur Vermehrung der Arbeitskräfte sollen alle Arbeitsreserven erschlossen werden. Die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte ist daher ungewöhnlich hoch. Dieses Reservoir ist aber ziemlich erschöpft, obwohl weitere Anstrengungen gemacht werden, Frauen für die Produktion zu gewinnen. Erwerbsfähige Witwen erhalten keine Rente oder Sozialfürsorgeunterstützung. ... Auch Altersrentner sollen nach Möglichkeit noch weiter tätig sein. ...

c) Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität wird als das geeignetste Mittel angesehen, die Produktion zu steigern, weil sie keine Vermehrung der Arbeitskräfte verlangt und gleichzeitig die Gesteungskosten vermindert. ...

Der Arbeitslohn soll darauf gerichtet sein, die Arbeitsproduktivität zu steigern. Die materielle Interessiertheit wird ausgenutzt, indem der Lohn von der Leistung abhängig gemacht wird (Leistungslohn, Stücklohn, Prämienzeitlohn, Prämienstücklohn, Objektlohn). Die Löhne wer-

den ergänzt durch Prämien für die Erfüllung und Übererfüllung der Pläne und besondere Leistungen. Bei Stücklohn soll die Erhöhung der Arbeitsnormen zu größeren Leistungen zwingen, da dann nur die Wahl zwischen geringerem Lohn oder Mehrleistung bleibt. Aktivisten und Neuerer sollen die Normen in die Höhe treiben. Ihre Leistungen werden für die anderen Arbeitnehmer als vorbildlich hingestellt. ...

... Die Arbeitspolitik geht darauf aus, die körperlichen und geistigen Kräfte der schaffenden Menschen immer mehr zu beanspruchen. ... Auch die menschliche Eitelkeit wird in den Dienst der Arbeitspolitik gestellt. Auszeichnungen sollen zu besonderen Leistungen anspornen.

Mit dem sozialistischen Wettbewerb wird die Neigung, Kräfte und Können zu messen, in den Dienst der Arbeitspolitik gestellt. Eine strenge Arbeitsdisziplin soll dafür sorgen, daß die Ziele der Arbeitspolitik erreicht werden. Meister und Brigadiere haben die Aufgabe, ihre Kollegen zu hohen Leistungen anzutreiben. Durch Produktionspropaganda sollen die Arbeiter beeinflußt werden, ihre Arbeitskraft und ihre Intelligenz in den Dienst des Regimes zu stellen. Das wird "schöpferische Mitwirkung der Werktätigen bei der Erfüllung der Aufgaben und bei der Leitung der Betriebe" genannt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Lohnpolitik" in der SBZ (x009/266-267): >>Nach marxistischer Definition ist im Kapitalismus der Lohn "der Preis der Ware Arbeitskraft", den der Unternehmer nach Einbehaltung des vom Arbeiter erzeugten "Mehr an Wert" (Mehrwert) an den Arbeiter auszahlt; die Lohnarbeit gilt als ein Kennzeichen der Ausbeutung, als "Lohnsklaverei".

In der SBZ arbeiten die Arbeiter und Angestellten zwar auch gegen Lohn bzw. Gehalt, aber der Lohn soll hier - so wird von der SED-Propaganda behauptet - eine ganz andere Bedeutung als in westlichen Ländern haben. ... Solche und ähnliche Erklärungen ändern nichts an der Tatsache, daß auch in der SBZ der Lohn das Maß für geleistete Arbeit ist und im Mittelpunkt aller Arbeitspolitik steht. Die wichtigsten Grundsätze der Lohnpolitik der SED sind:

1. Der Arbeitslohn ist ein wichtiger Hebel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität (die SED fordert daher Anwendung von Lohnformen, die die Arbeiter praktisch zu einer ständigen Erhöhung ihrer Arbeitsleistung zwingen).

2. Die Lohnbemessung soll "der Verwirklichung des ökonomischen Gesetzes der Verteilung nach der Arbeitsleistung" dienen.

Zur Verwirklichung dieser Grundsätze ihrer Lohnpolitik hat die SED folgendes System der Lohnformen eingeführt:

... Einfacher Zeitlohn (der Lohn wird nach dem Zeitgrundlohn und der Anwesenheitszeit bemessen).

Prämienzeitlohn (Verbindung des Zeitlohnes mit einem Prämiensystem).

Proportionaler Leistungsstücklohn (lohnbestimmend sind der Leistungsgrundlohn und der Erfüllungsgrad der Arbeitsnormen).

Progressiver Leistungslohn (die Entlohnung steigt bei Übererfüllung nicht linear, sondern progressiv).

Prämienstücklohn (Verbindung des Leistungsstücklohnes mit einem Prämiensystem). ...

Dieses ausgeklügelte System von Lohnformen, das in Verbindung mit den Sozialistischen Wettbewerben ausschließlich dazu dient, durch die Intensivierung der Leistungen jedes einzelnen Arbeitnehmers ständig zu steigern, hatte eine unaufhörliche Senkung der Lohnrate, d.h. ein Zurückbleiben der Durchschnittslöhne hinter der Entwicklung der Arbeitsproduktivität zur Folge.

Während die Produktivität in der Industrie bis 1960 im Vergleich zu 1955 um 55 % anstieg, erhöhte sich der Durchschnittslohn in der gleichen Zeit nur um 25 %. ... Praktisch führte die Lohnpolitik der SED dazu, daß die Durchschnittslöhne der Arbeiter und Angestellten eben-

falls hinter der Entwicklung in der Bundesrepublik, und zwar in den letzten Jahren zunehmend, zurückblieben. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "FDGB" in der SBZ (x009/123-124): >>Abkürzung für Freier Deutscher Gewerkschaftsbund, eine pseudo-gewerkschaftliche Einheitsorganisation, die sich in voller Abhängigkeit von der SED und vom Regime als dem weitaus wichtigsten Arbeitgeber befindet und so außerstande ist, die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten. ...

Nach § 4 des Arbeitsgesetzbuches fördern die Gewerkschaften "den Kampf um den wissenschaftlich-technischen Höchststand, die Aneignung allseitiger Kenntnisse und eine hohe sozialistische Arbeitsmoral und Arbeitsdisziplin zur raschen Steigerung der Arbeitsproduktivität. Sie mobilisieren die ganze Arbeiterklasse und die Intelligenz zur allseitigen Erfüllung der Wirtschaftspläne mit dem Ziele der ständigen Verbesserung ihres materiellen und kulturellen Lebensniveaus."

Damit ist der FDGB der wichtigste Gehilfe des staatlichen Arbeitgebers. Beim Juni-Aufstand 1953 stellte sich die FDGB-Führung gegen die freiheitlichen Arbeiter.

... Die Wahlen zu den Organen des FDGB stehen völlig unter dem Einfluß der SED, da kein Kandidat gegen deren Willen aufgestellt werden kann. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Kollektiv" in der SBZ (x009/219): >>Im Parteijargon eine Gruppe, die durch ein gemeinsames, sozialistisches Bewußtsein geeint ist und gemeinsam arbeitet und handelt.

Eine wesentliche Aufgabe des Kollektivs ist die gesellschaftliche Erziehung, die Erziehung im Kollektiv durch das Kollektiv, um das gemeinsame Bewußtsein immer mehr anwachsen zu lassen unter Auslöschung jeder individuellen Regung. ...

Auch Betriebsbelegschaften sind Kollektive, weiter rechnen Brigaden, Zirkel u.a. dazu. Anlern-Kollektive und Lern-Kollektive werden zur gemeinsamen Lösung von Schulaufgaben in wachsendem Umfang gebildet.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Brigade" in der SBZ (x009/82): >>Parteijargon für ein aus mehreren Arbeitern bestehendes Kollektiv, das nach produktionstechnischen Gesichtspunkten zusammengefaßt ist.

Meist fällt die Brigade mit der Gewerkschaftsgruppe zusammen. Der Begriff stammt aus der Sowjetunion.

Leiter der Brigade ist der Brigadier. Seine Funktion ist, die Brigade zu möglichst hohen Arbeitsleistungen anzutreiben. Um ihm dazu einen besonderen Anreiz zu geben, bezieht er prozentuale Aufschläge zu seinem Lohn.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die sozialistische "Arbeitsmoral" in der SBZ (x009/32): >>Die SED fordert eine "neue Einstellung zur Arbeit", die sich angeblich von der unter dem Kapitalismus herrschenden dadurch unterscheidet, daß jeder freiwillig seine Arbeit so gut, in so großer Menge und so pünktlich wie möglich leistet, weil dies im eigenen Interesse liege. ...

Die sozialistische Arbeitsmoral soll das Kernstück des sozialistischen Lebens sein, das die Menschen mit sozialistischem Bewußtsein führen. Die Einheit von Arbeit, Leben und Lernen auf dieser Grundlage soll durch die Brigaden der sozialistischen Arbeit verwirklicht werden.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Arbeitsdisziplin" in der SBZ (x009/28-29): >>Das Wirtschaftssystem und die Arbeitspolitik der SBZ verlangen die bedingungslose Unterwerfung von Arbeitern und Angestellten unter die Befehle der Wirtschaftsfunktionäre.

Schon 1947 wurde deshalb durch den Befehl Nr. 234 für die Betriebe eine Musterdisziplinarordnung geschaffen, die der Werkleitung eine autonome Disziplinargewalt übertrug.

Nach §§ 106-111 des Arbeitsgesetzbuches liegt die Disziplinargewalt in den VEB beim Betriebsleiter der Konfliktkommission und wird gemäß den betrieblichen Arbeitsordnungen ausgeübt. Auch in der Verwaltung wird eine strenge Arbeitsdisziplin verlangt.

Die Disziplinarmaßnahmen des Arbeitsgesetzbuches sind: Verweis, strenger Verweis, fristlose Entlassung. Die besonderen Disziplinarordnungen kennen außerdem: Versetzung in eine minderbezahlte Stellung. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Leistungsprinzip" in der SBZ (x009/260): >>Nach dem Leistungsprinzip soll die Entlohnung ausschließlich nach der Leistung erfolgen.

§ 39 des Arbeitsgesetzbuches bestimmt: "Für die Arbeit und den Lohn der Werktätigen gilt das sozialistische Grundprinzip: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung. Der Arbeitslohn wird nach dem ökonomischen Gesetz der Verteilung nach der Arbeitsleistung festgesetzt."

Das Leistungsprinzip ist damit der wichtigste Grundsatz der Arbeitspolitik zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität und zur Verbesserung der Qualität der Produktion. Ihm entspricht vor allem das Lohnsystem.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Aktivistenbewegung" in der SBZ (x009/19-20): >>Die angeblich freiwilligen, in Wahrheit von SED und FDGB gelenkten gemeinsamen Bemühungen von Aktivisten (Arbeiter, dessen Leistungen für andere vorbildlich sind) zur Erzielung bestimmter wirtschaftlicher Erfolge, vor allem zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, zur Senkung der Selbstkosten und zur Verbesserung der Qualität der Produktion.

Die Mittel hierzu sind vor allem angeblich neue Arbeitsmethoden. Eine Aktivistenbewegung wird jeweils eingeleitet durch die besondere Leistung eines einzelnen, eines sog. Neuerers, selten einer Gruppe. Für diese Leistung werden vorher besonders günstige Bedingungen geschaffen. Diese meist einmalige Leistung wird stets einer neuen Arbeitsmethode zugeschrieben und mit großem Propagandaaufwand zum Vorbild gemacht, dem nachzueifern innerhalb von sozialistischen Wettbewerben oder im Rahmen von Selbstverpflichtungen die Pflicht aller ist.

Die Aktivistenbewegung nahm in der Sowjetunion ihren Ausgang mit der Leistung des Bergarbeiters Stachanow, in der SBZ mit der von Hennecke. Ihm folgten zahlreiche andere nach. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den sozialistischen "Wettbewerb" in der SBZ (x009/483-484): >>§ 15 des Arbeitsgesetzbuches bezeichnet den Sozialistischen Wettbewerb als die umfassendste Form der Masseninitiative zur Steigerung der Arbeitsproduktivität.

Die Teilnahme am Sozialistischen Wettbewerb sei für jeden Werktätigen "Ehrensache". Der Sozialistische Wettbewerb ist sowjetischen Ursprungs. ... In der SBZ wurden 1950 nach Erlaß des Gesetzes der Arbeit die ersten sozialistischen Wettbewerbe durchgeführt.

"Ziele des Sozialistischen Wettbewerbs sind die Beschleunigung des Tempos der sozialistischen Produktion, die weitere Steigerung der Arbeitsproduktivität und die vorfristige Erfüllung und Übererfüllung der staatlichen Pläne. Er organisiert die Werktätigen zum Kampf um die Einführung fortgeschrittener Arbeitsnormen in der Produktion und für die Erfüllung neuer fortgeschrittener Arbeitsnormen".

Der Sozialistische Wettbewerb wird durchgeführt von Mann zu Mann, von Brigade zu Brigade, von Abteilung zu Abteilung. Wettbewerbe von Betrieben gleicher Produktion und von Verwaltungen werden zu Leistungsvergleichen ausgestaltet, bei denen die Leistungsfähigkeit der einzelnen Betriebe insgesamt oder von Dienststellen verglichen wird.

Die Träger des Wettbewerbs sind die Aktivisten und Neuerer. Hieraus ergibt sich ein enger

Zusammenhang mit der Aktivistenbewegung.

Am Sozialistischen Wettbewerb sollen sich alle Betriebsangehörigen beteiligen. Er wird vom FDGB organisiert.

Die Verpflichtung zum Sozialistischen Wettbewerb wird meist in Gestalt der Selbstverpflichtung eingegangen.

Den Siegern im Sozialistischen Wettbewerb winken materielle Vorteile und Auszeichnungen. Die Folge von Sozialistischen Wettbewerben ist sehr oft die Erhöhung der Arbeitsnormen. Die Sozialistischen Wettbewerbe führen zu einer ständigen Überbeanspruchung der Arbeiterschaft. Wettbewerbe werden auch in der Verwaltung und der Justiz durchgeführt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Auszeichnungen" in der SBZ (x009/49): >>Zur Würdigung besonderer Verdienste im Sinne der SED wurden zahlreiche Auszeichnungen geschaffen.

Es gibt folgende Gruppen von staatlichen Auszeichnungen: Orden, Preise, Medaillen, Ehrentitel und Wanderfahnen. Die Stiftung ist Sache des Staatsrats und des Ministerrates. Jedoch können die örtlichen Organe der Staatsmacht für ihren Bereich Preise und Wanderfahnen stiften. Auch die Massenorganisationen verleihen Auszeichnungen, so der FDGB die Fritz-Heckert-Medaille, die FDJ die Arthur-Becker-Medaille ...

Auszeichnungen können verliehen werden an Einzelpersonen und Kollektive ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit sowie an Betriebe, Institutionen und gesellschaftliche Organisationen und Teile dieser Einrichtungen, wenn sie eine organisatorische Einheit bilden. Einzelheiten und Verleihung regeln Ordnungen über die Verleihung. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Held der Arbeit" in der SBZ (x009/178): >>Ehrentitel, der alljährlich am 13.10. an Werktätige verliehen wird, "die durch Beharrlichkeit und Mut hervorragende Einzelleistungen erreichen, die für die Gesamtheit von Bedeutung sind, eine wesentliche Hebung der Arbeitsproduktivität bewirken und für die Allgemeinheit Vorbild und Zielsetzung sind".<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die sozialistische "Produktionspropaganda" in der SBZ (x009/340-341): >>... Produktionspropaganda gilt als eine der vielfältigsten und wichtigsten Aufgaben der kulturellen Massenarbeit und schließt Wandzeitungsarbeit, Betriebsfunk, Sichtagitation, Veranstaltungen mit Lichtbildern und Lehrfilmen sowie Vorträge zu Problemen der Produktion, zu wissenschaftlichen Fragen und allgemeinbildenden Themen mit ein.

Vor allem soll Produktionspropaganda die Erfolge der Wissenschaft im kommunistischen Lager und die Leistungen der Sowjetwissenschaft in ihren gesellschaftlichen Zusammenhängen darstellen, um zu verhindern, daß die technische Entwicklung im kapitalistischen Lager überschätzt wird.

Zweck der Produktionspropaganda ist, "Menschen zu Arbeitstagen für den Sozialismus zu beflügeln und ihnen damit das Grundrecht der Menschheit zu geben, nämlich die Freiheit zur fortschrittlichen Veränderung der Gesellschaft" (Horst Sindermann im "Neuen Deutschland" vom 7.2.1961).

Die Produktionspropaganda hat vielfältige Formen angenommen, besonders seit Verkündung des Siebenjahrplanes 1959. "Siebenmeilenstiefel-, Stafetten- und Kompaßbewegung" sowie "Siebenstufenraketen" sind die verbreitetsten, die zur Übererfüllung des jährlichen Planes und des Siebenjahrplanes antreiben sollen. ...<<

21.04.1950

DDR: Durch das Gesetz vom 21. April 1950 werden der "Tag der Befreiung" (8. Mai) und der "Tag der Republik" (7. Oktober) zu Staatsfeiertagen erklärt.

26.04.1950

DDR: In Waldheim beginnen am 26. April 1950 die sog. "Kriegsverbrecherprozesse".

Bis Juli 1950 werden 3.324 Verfahren abgewickelt. 33 Angeklagte verurteilt man zum Tod. 146 Personen erhalten lebenslängliche Haft. 1.901 Verurteilte müssen für 15-25 Jahre ins Zuchthaus. 947 Angeklagte werden zu Haftstrafen von 10-14 Jahren verurteilt. 295 Personen erhalten bis zu 9jährige Haftstrafen. Nur 4 Angeklagte spricht man frei (x126/218).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Schauprozesse" in der SBZ (x009/379): >>Schauprozesse, früher offiziell "Prozesse vor erweiterter Öffentlichkeit" genannt, sind ein beliebtes Mittel der bolschewistischen Justiz, um abschreckende Wirkung auf die Bevölkerung auszuüben (Generalprävention).

"Die Verhandlungen vor breiter Öffentlichkeit ... können zur Stärkung des allgemeinen demokratischen Rechtsbewußtseins und der Einsicht in die Notwendigkeit, die demokratischen Gesetze zu achten, sowie als wirksame Waffe im Kampf um die Festigung unserer demokratischen Ordnung nicht hoch genug eingeschätzt werden" (Max Fechner in: "Neue Justiz" ...).

... Später wurde die Taktik in der Organisierung der Schauprozesse verändert.

An Stelle einer möglichst großen Zuhörerschaft wurden bestimmte Personengruppen zu einem Prozeß besonders eingeladen. Der Zutritt zu diesen Schauprozessen ist meist nur gegen Eintrittskarten möglich. Gericht und Verhandlungsraum sind durch die Volkspolizei abgesperrt. Der Verlauf eines Schauprozesses ist meistens vorher genau abgesprochen. Oft konnte beobachtet werden, daß sich die Angeklagten in ihren Aussagen an vor der Hauptverhandlung niedergeschriebene Protokolle hielten.

Von für die "Bewußtseinsbildung" und Erziehung der Bevölkerung besonders geeignet erscheinenden Szenen werden Rundfunk- und Fernsehübertragungen gesendet und Wochenschau-Berichte hergestellt. ...<<

Der deutsche Journalist Karl Wilhelm Fricke berichtet später über die Waldheimer Prozesse (x126/216-218): >>Ein Volksschullehrer etwa wurde angeklagt, weil er – ohne daß ein individueller Schuldvorwurf erhoben worden wäre – die Schulkinder "im nazistischen Ungeist erzogen" haben sollte: 12 Jahre Zuchthaus.

Ein Journalist, Wirtschaftsredakteur der Wochenzeitschrift "Das Reich" wurde nur darum verurteilt, weil er das gewesen war: 12 Jahre Zuchthaus.

Ein Pfarrer bezichtigt, "die Nürnberger Rassegesetze gefördert" zu haben, indem er Kirchenbuchauszüge für den von Nazibehörden geforderten sogenannten Ariernachweis ausgefertigt hatte: 15 Jahre Zuchthaus.

Ein Angehöriger der Waffen-SS, Kriegsfreiwilliger, an Kriegsverbrechen nicht beteiligt, wurde nach 4 Jahren Internierung wegen Zugehörigkeit zu einer verbrecherischen Organisation verurteilt: 15 Jahre Zuchthaus.

Einem als Treuhänder nach Polen verpflichteten Wirtschaftsjuristen wurde "Ausplünderung der polnischen Wirtschaft" vorgeworfen: 25 Jahre Zuchthaus.

Ein ehemaliger Landrat in Ostpommern und späterer Bürgermeister in Mecklenburg erhielt "wegen Unterstützung der Nazi-Herrschaft" lebenslanges Zuchthaus, ohne daß ein konkreter Schuldnachweis auch nur versucht worden wäre.

Der ehemalige Oberstaatsanwalt Wilhelm Rode, der niemals mit politischen Strafsachen befaßt war, teilte seine Verurteilung in einem Brief aus Waldheim ... mit folgenden Worten mit: "Bin wegen außerordentlicher Unterstützung der Gewaltherrschaft und Mittäterschaft an den insgesamt begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu 20 Jahren Zuchthaus, Vermögensentziehung und anderen Nebenfolgen als Hauptverbrecher verurteilt worden. Konkrete eigene Vorkommnisse sind mir nicht vorgeworfen." ...

Der Leiter einer großen Hypothekenbank in Berlin, von Quistrop (der dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüberstand), wurde als Reichsbankpräsident angeklagt; der Hinweis auf Schacht und Funk nutzte nicht viel. Auf die Frage Quistrops, ob unter diesen Umständen eine Verteidigung noch Zweck habe, verneinte der Richter. So konnte sehr rasch das Urteil von 18

Jahren Zuchthaus gefällt werden.

Ein alter Offizier hatte in Polen eine Gutsbesitzerin geheiratet und war dorthin übergesiedelt. Im Kriege war er als Dolmetscher eingestellt. Ihm wurde vorgeworfen, daß er durch seine Tätigkeit den Feinden des Nazismus geschadet habe. Als er die Frage, ob er auch an der Kristallnacht in Berlin mitgemacht habe, verneinte mit dem Hinweis, daß er ja in Polen gelebt habe, erklärte der Richter: "Entscheidend ist, daß Sie, wenn Sie in Berlin gewesen wären – bestimmt sich daran beteiligt hätten." ...

Wilhelm Hochstetter, der als Fabrikdirektor in Leipzig Ehrenkonsul von Haiti war, wurde vorgeworfen, daß er diese Stelle dazu benutzt habe, in Haiti für den Nazismus zu werben. Die Antwort, daß er nie in Haiti war und daß dieser Staat sich kaum für den Nazismus geeignet hätte, schützte ihn nicht vor 15 Jahren Zuchthaus.

Ein Volkssturmmann wurde nach dem sowjetischen Protokoll angeklagt, daß er eine bestimmte Brücke in Görlitz gesprengt habe; auf seinen Hinweis, daß zahlreiche in Waldheim anwesende Kameraden bezeugen, daß diese Brücke noch intakt sei, erklärte der Richter: "Dann haben Sie jedenfalls eine andere gesprengt." ...<<

27.04.1950

BRD: Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 27. April 1950 (x095/103-104): >>... Unter Brüning, der gegenüber dem Ausland immer sehr "brav" war, hat man Deutschland nichts gegeben.

Dem Verbrecher Hitler hat man in den ersten Jahren seiner Kanzlerschaft fast alles gegeben, was er wollte.

Diese Erfahrung ist natürlich auch nicht dazu angetan, gegenüber den Alliierten zu vorsichtig zu sein.

Als die Saarfrage unlängst hier so viel Erregung hervorgerufen hat, ist von manchen Leuten gesagt worden, Frankreich habe Hitler 1935 die Saar zurückgegeben, dem demokratischen Deutschland nimmt es sie ab. ...<<

01.05.1950

BRD: Am 1. Mai 1950 wird die Lebensmittelrationierung aufgehoben und die staatliche Lebensmittelbewirtschaftung (seit dem 27.8.1939 Ausgabe von Lebensmittelkarten) in der Bundesrepublik Deutschland beendet.

03.05.1950

Frankreich: Der französische Außenminister Robert Schuman (1886-1963) schlägt am 3. Mai 1950 den Plan einer westeuropäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vor, der später in der Montanunion verwirklicht wird (x243/218): >>... Der Grund für die Überlegenheit (der) deutschen (Industrie) ist die deutsche Stahlproduktion zu Preisen, mit denen Frankreich nicht konkurrieren kann. ...

Mit der vorgeschlagenen Lösung wird das Problem der beherrschenden Stellung der deutschen Industrie ausgeräumt, deren Fortbestand in Europa Furcht verbreiten würde, eine Quelle ständiger Unruhe wäre, schließlich die europäische Einigung vereiteln und abermals den Untergang Deutschlands selbst bewirken müßte.

Diese Lösung schafft gemeinsame Expansionsbedingungen im Wettbewerb, ohne daß sich beherrschende Stellungen ergeben könnten.<<

04.05.1950

BRD: Der Deutsche Bundestag beschließt am 4. Mai 1950, weitere 900.000 deutsche Flüchtlinge und Vertriebene aus den Ländern Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein in andere westdeutsche Länder umzusiedeln (x182/218).

05.05.1950

UdSSR: Die Sowjetunion kündigt am 5. Mai 1950 die Entlassung von 17.538 deutschen Kriegsgefangenen an.

Mehr als 13.000 deutsche Gefangene bleiben weiterhin in sowjetischen Internierungslagern inhaftiert (x126/240).

Die deutschen Journalisten Paul Carell (1911-1997) und Günter Böddeker (1933-2012) schreiben später in ihrem Buch "Die Gefangenen ..." über die Kreml-Mitteilung vom 5. Mai 1950 (x130/354): >>... Am 5. Mai 1950 veröffentlicht der Kreml eine Mitteilung, in der es hieß, daß die letzte Gruppe der Kriegsgefangenen nach Deutschland zurückgeführt worden sei: "Damit ist die Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion nach Deutschland abgeschlossen".

Aber auch nach diesem Datum, dem Mai 1950, hielt die Sowjetunion noch ein halbes Hunderttausend deutscher Soldaten zurück – nur daß sie diese Männer nun nicht mehr als Kriegsgefangene bezeichnete, sondern als Kriegsverbrecher. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtet später über das Schicksal der letzten deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion (x130/358): >>Man schrieb Revisionsgesuche und Begnadigungsgesuche an sämtliche in Frage kommenden Minister und Spitzen des Staates. Es kam sogar vor, daß von beispielsweise zehn Anklagepunkten fünf aufgehoben wurden; an der Strafe änderte sich nichts.

Um so größer waren Erstaunen und Verwirrung, als nur wenige Monate nach der Verurteilungsaktion ungefähr ein Drittel der eben Verurteilten im Frühjahr 1950 repatriiert wurde, während der Rest in der Hauptsache zu etwa gleichen Teilen im Herbst 1953 und um die Jahreswende 1955/56 folgte. ...<<

07.05.1950

BRD: Bundeskanzler Adenauer schreibt am 7. Mai 1950 in einer Denkschrift über den geplanten Beitritt der Bundesrepublik in den Europarat (x243/177): >>... (Die Bundesrepublik kann dem Europarat nur als "assoziiertes Mitglied" beitreten, da) sie noch nicht die souveränen Befugnisse besitzt. ...

Daß der Kriegszustand ... noch nicht aufgehoben wurde und daß die Besatzungsmächte ... der Bundesrepublik die ihr zustehenden Rechte nur stückweise zurück ... geben, ist bedauerlich.

Nach Ansicht der Besatzungsmächte ist aber gerade der Eintritt in den Europarat ein wesentlicher Schritt auf dem Wege der Befreiung der Bundesrepublik von ihren Bindungen. ...<<

08.05.1950

DDR: Die SED begeht den 8. Mai 1950 erstmalig als staatlichen Feiertag ("Tag der Befreiung").

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über dieses Ereignis (x009/67): >>Der Geburtshelfer und Hüter des kommunistischen Regimes in der SBZ waren und sind die sowjetischen Besatzungstruppen - viel mehr als in Polen, Ungarn und anderen Satellitenstaaten.

Die SED gibt die Abhängigkeit ihrer Herrschaft von den sowjetischen Besatzungstruppen offen zu; denn sie begeht seit 1950 den 8. Mai unter dem Titel "Tag der Befreiung" als staatlichen Feiertag.<<

09.05.1950

Frankreich: Der französische Außenminister Robert Schumann (1886-1963) stellt am 9. Mai 1950 den Plan einer westeuropäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vor (x191/200, x058/402-403): >>Die Vereinigung der europäischen Nachbarn erfordert, daß der jahrhundertlange Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöscht wird. ...

Die französische Regierung schlägt vor, die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion unter eine gemeinsame Hohe Behörde zu stellen, in einer Organisation, die den anderen europäischen Ländern zum Beitritt offensteht.

Die Zusammenlegung der Kohle- und Stahlproduktion wird sofort die Schaffung gemeinsa-

mer Grundlagen für die wirtschaftliche Entwicklung sichern – die erste Etappe der europäischen Föderation – und die Zweckbestimmung jener Gebiete ändern, die lange Zeit der Herstellung von Waffen gewidmet waren, deren sicherste Opfer sie selbst gewesen sind.

Die Gemeinsamkeit der Produktion, die so hergestellt wird, bekundet, daß jeder Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich ist. ...<<>>... Der Friede der Welt kann nicht gewahrt werden, wenn nicht schöpferische Maßnahmen in einem Maße getroffen werden, die den Gefahren entspricht, welche ihn bedrohen.

Der Beitrag, den ein organisiertes und lebendiges Europa zur Zivilisation leisten kann, ist für die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen unentbehrlich. Frankreich, das sich seit mehr als zwanzig Jahren Kämpfer für ein Vereintes Europa war, hat es stets als wesentliches Ziel angesehen, dem Frieden zu dienen. Solange Europa nicht vereint war, haben wir Krieg gehabt. Europa wird nicht mit einem Schlag und auch nicht durch eine Konstruktion des Ganzen gebildet werden; es wird durch konkrete Verwirklichungen gebildet, die zunächst eine Solidarität der Tatsachen schaffen.

Die Vereinigung der europäischen Nationen erfordert, daß der jahrhundertealte Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ein Ende nimmt. Die zu unternehmende Aktion muß sich in erster Linie an Frankreich und Deutschland wenden.

Zu diesem Zweck schlägt die französische Regierung vor, in einem begrenzten, doch entscheidenden Punkt sofort zur Tat zu schreiten.

In dieser Absicht schlägt die französische Regierung vor, die Aktion sofort auf einen begrenzten aber entscheidenden Punkt zu richten. Die französische Regierung schlägt vor, die Gesamtheit der französischen Produktion von Kohle und Stahl unter eine gemeinsame oberste Autorität innerhalb einer Organisation zu stellen, die der Mitwirkung anderer Staaten Europas offensteht.

Die Zusammenlegung der Produktion von Kohle und Stahl wird sofort die Errichtung gemeinsamer Basen der wirtschaftliche Entwicklung als erste Etappe der europäischen Föderation sicherstellen und wird das Geschick dieser Regionen ändern, die lange Zeit der Fabrikation von Kriegsmaterial gewidmet waren, deren beständigste Opfer sie wurden.

Die Solidarität der Produktion, die auf diese Weise geknüpft werden wird, wird dartun, daß jeder Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich wird. Die Schaffung dieser mächtigen Einheit der Produktion, die allen Ländern offen steht, die daran teilzunehmen wünschen und die bezweckt, allen Ländern, die sich in ihr vereinigen, die grundsätzlichen Elemente der Produktion zu gleichen Bedingungen zu liefern, wird die wahrhaften Grundsteine ihrer wirtschaftlichen Vereinigung legen.

Diese Produktion wird der Gesamtheit der Welt ohne Unterscheidung und Ausnahme angeboten werden, um zu einer Erhöhung des Lebensniveaus und zum Fortschritt der Arbeiten des Friedens beizutragen. Europa wird mit den vermehrten Mitteln die Verwirklichung einer seiner wesentlichsten Aufgaben unternemen können:

die Entwicklung des afrikanischen Erdteils. Auf diese Weise wird einfach und schnell die Interessen-Fusion verwirklicht, die für die Schaffung einer wirtschaftlichen Gemeinschaft unentbehrlich ist und das Ferment einer viel größeren und tieferen Gemeinschaft zwischen Staaten gelegt, die sich lange in blutigem Streit entgegenstanden.

Durch die Zusammenlegung der Basis-Produktion und die Errichtung einer neuen Oberbehörde, deren Entscheidungen für Frankreich, Deutschland und die Länder, die daran teilnehmen, verpflichten, wird dieser Vorschlag die ersten konkreten Etappen einer europäischen Föderation verwirklichen, die für die Aufrechterhaltung des Friedens unentbehrlich ist.

Um die Realisierung der hiermit definierten Ziele zu verfolgen, ist die französische Regierung bereit, Verhandlungen auf den folgenden Grundsätzen zu eröffnen:

Die unparteiische Aufgabe der gemeinsamen Oberbehörde wird es sein, innerhalb kürzester

Frist die Modernisierung der Produktion und die Verbesserung ihrer Qualität, die Lieferung von Stahl und Kohle zu gleichen Bedingungen auf dem französischen und deutschen Markt und auf den Märkten der Länder, die sich anschließen, die Entwicklung des gemeinsamen Exports in andere Länder und die Gleichsetzung im Fortschritt der Arbeitsbedingungen in diesen Industrien sicherzustellen.

Da man von sehr unterschiedlichen Bedingungen ausgehen muß, wie sie gegenwärtig in der Produktion der teilnehmenden Länder bestehen, müsse zur Erreichung der Ziele übergangsweise gewisse Dispositionen getroffen werden, die einschließen:

Die Anwendung eines Produktions- und Investitionsplanes, die Einführung eines Mechanismus zum Ausgleich der Preise, die Bildung eines Fonds de reconversion, um die Rationalisierung der Produktion zu erleichtern. Der Umsatz von Kohle und Stahl unter den teilnehmenden Staaten wird sofort von allen Zöllen befreit werden und soll durch die unterschiedlichen Frachttarife nicht berührt werden. Fortschreitend werden sich Bedingungen entwickeln, die von selbst die rationellste Verteilung der Produktion gemäß dem höchsten Produktionsniveau gewährleisten.

Im Gegensatz zu einem internationalen Kartell, das die Aufteilung und Exploitation (Ausbeutung) der nationalen Märkte durch beschränkende Praktiken und bei Aufrechterhaltung hoher Gewinne erstrebt, wird die geplante Organisation eine Fusion der Märkte und die Ausweitung der Produktion gewährleisten. ...<<

06.06.1950

Polen: Im sog. Görlitzer Abkommen erklären Polen und die DDR am 6. Juni 1950 die Oder-Neiße-Linie zur unantastbaren und endgültigen Grenze (x155/63): >>Die Regierung der Republik Polen und die Delegation der provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ... haben gemeinsam festgestellt, daß es im Interesse einer weiteren Entwicklung und Festigung der gutnachbarlichen Verhältnisse und der Freundschaft zwischen dem polnischen und dem deutschen Volke liege, die festgesetzte und zwischen beiden Staaten bestehende Friedens- und Freundschaftsgrenze an der Oder und der Lausitzer Neiße als unantastbare Grenze endgültig zu ziehen ...<<

Der deutsche Historiker Georg Bluhm berichtet später über das Görlitzer Abkommen (x125/-112): >>In der Rechtstheorie gilt diese Anerkennung als wirkungslos: die Versuche, die staatsrechtliche Situation Deutschlands in seiner gegenwärtigen Gespaltenheit rechtstheoretisch zu erfassen, ergeben, je nach dem zugrunde liegenden Staatsbegriff, entweder eine Kontinuität oder eine Diskontinuität der deutschen Staatlichkeit über die Zeit hinweg, da die deutsche Staatsgewalt suspendiert war und als "oberste Gewalt" von den Besatzungsmächten ausgeübt wurde.

Nach der Kontinuitätstheorie kann entweder die Bundesrepublik als identisch mit dem ehemaligen Deutschen Reich angesehen werden auf Grund der hier praktizierten Selbstbestimmung der Deutschen, dann ist die gewaltsam separierte DDR auch für Territorialfragen nicht zuständig.

Oder unter dem "fortexistierenden Reichsdach" bestehen zwei Teilstaaten – Bundesrepublik und DDR, dann kann "ein Teilgebilde nicht auf ein nur dem Gesamtstaat zustehendes Recht verzichten".

Oder die Rechtstheorie hält die deutsche Staatlichkeit für im Jahre 1945 – oder 1949 - untergegangen (Diskontinuitätstheorie oder Zwei-Staaten-Theorie). Diese Theorie gilt zur Zeit im Ostblock und im Selbstverständnis der DDR, die sich als einen neuen Staat betrachtet. Jedoch "dann kann sie nur in ihren heutigen Grenzen entstanden sein, so daß sie die Ostgebiete weder einschloß noch zu Recht beanspruchen konnte. ...<<

09.06.1950

BRD: Die Bundesregierung erklärt am 9. Juni 1950, daß die Regierung der SBZ kein Recht

besitzt, für das deutsche Volk zu sprechen und Vereinbarungen zu treffen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Oder-Neiße-Linie" (x009/314): >>Durch die Erklärung des Bundeskabinetts vom 9.6.1950 wird der SBZ-Regierung jedes Recht bestritten, für das deutsche Volk zu sprechen, und alle von ihr getroffenen Vereinbarungen werden für null und nichtig erklärt.

Die Bundesrepublik hat aber ebenso eindeutig jede Revision der deutsch-polnischen Grenze durch Gewalt für indiskutabel erklärt. Die polnische Regierung reagiert auf jede Diskussion der Grenzfrage äußerst empfindlich; die Frage der deutschen Ostgrenze ist zu einer Kernfrage einer Friedensregelung mit Deutschland geworden.<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet später (am 3.06.2000) über die Festlegung der Oder-Neiße-Linie (x887/...): >>**Die Karriere des Görlitzer Abkommens über die "Oder-Neiße-Friedensgrenze"**

Als "null und nichtig" bezeichnete am 9. Juni 1950 die Regierung der Bundesrepublik Deutschland das drei Tage zuvor in Warschau von Vertretern der DDR und Polens unterzeichnete Regierungsabkommen, das am 6. Juli 1950 in Görlitz, genauer in dessen rechts der Neiße gelegenen Teil, förmlich geschlossen werden sollte.

Unwirksam seien die dort getroffenen Vereinbarungen über die Festlegung der Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze zwischen Deutschland und Polen, niemals werde sich die Bundesregierung als Sprecherin des gesamten deutschen Volkes mit "der allen Grundsätzen des Rechts und der Menschlichkeit widersprechenden Wegnahme dieser rein deutschen Gebiete abfinden".

Vierzig Jahre später. In Artikel 1 des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze vom 14. November 1990 wird ausgeführt: Der Verlauf der Grenze bestimmt sich nach dem Görlitzer Abkommen und seinen Ergänzungsvereinbarungen sowie dem Warschauer Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen vom 7. Dezember 1970. Der zunächst als "null und nichtig" qualifizierte Inhalt des Görlitzer Vertrags wird damit von einer späteren Bundesregierung in einem völkerrechtlichen Vertrag rezipiert und als verbindlich betrachtet.

Wie war es nun zu dem "Abkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Polen über die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze" gekommen, das 1950 von DDR-Ministerpräsident Grotewohl und Außenminister Dertinger sowie vom polnischen Regierungschef Cyrankiewicz und Außenminister Wierblowski unterzeichnet wurde?

Sowohl in Polen als auch in der SBZ/DDR hatte sich in den ersten Nachkriegsjahren die offizielle Haltung zu der im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 beschriebenen "Westgrenze Polens" an Oder und Neiße gewandelt. In Polen, wo man zunächst erfolgreich eine Grenzrevision, die Einbeziehung der westlich der Oder gelegenen Hafenstadt Stettin, erreicht und weitere angestrebt hatte, betonte man seit der Moskauer Außenministerkonferenz von März/April 1947 die Endgültigkeit der nun offiziell als "Friedensgrenze" bezeichneten Oder-Neiße-Linie. Am 11. Januar 1949 vollzog Warschau die Eingliederung der mit der Grenzziehung "wiedergewonnenen Gebiete" in die polnische allgemeine Staatsverwaltung.

In der SBZ wurde die Oder-Neiße-Grenze zunächst ebenfalls nicht akzeptiert - eine Haltung, die man so lange vertrat, wie die Sowjetunion einen Revisionismus in der SBZ als nützlich für den Ausbau der kommunistischen Positionen betrachtete.

Ab Mitte 1947 erfolgte wie in Polen ein Abrücken hiervon. Der Widerstand der bürgerlichen Parteien (CDU und LDP) gegen eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie wurde energisch gebrochen. So setzte die Sowjetische Militäradministratur den Vorsitzenden der Ost-CDU, Jakob Kaiser, der den Kurswechsel nicht mitzuvollziehen bereit war, kurzerhand ab. Die

SED-Presse gebrauchte Mitte 1948 erstmals den Begriff "Friedensgrenze": Jeder, der diese Grenze ablehnte, mußte fortan als ein Feind des Friedens gelten.

Bereits anlässlich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Polen und der DDR am 18. Oktober 1949 bekundeten Präsident Pieck und Ministerpräsident Grotewohl in einem Schreiben an den polnischen Staatspräsidenten Bierut ihren Willen zur Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Staatsgrenze. Das Görlitzer Abkommen im folgenden Jahr bedeutete dessen formale Bestätigung. Am 27. September 1951 sollten die Einzelheiten der Grenzmarkierung in Frankfurt/Oder durch ein besonderes Abkommen nebst ergänzenden Urkunden wie Karten und Verzeichnissen festgelegt werden. Vorher trat Ost-Berlin noch einen Gebietsstreifen auf der Insel Usedom westlich von Swinemünde an Polen als "Beweis zur Festigung der deutsch-polnischen Freundschaft" ab.

Das Görlitzer Abkommen im einzelnen: Unter ausdrücklichem Bezug auf das "die Grenze an der Oder und Lausitzer Neiße festlegende Potsdamer Abkommen" suchte man "eine unerschütterliche Grundlage für ein friedliches und gutnachbarschaftliches Zusammenleben beider Völker zu schaffen". Eine "unantastbare Friedens- und Freundschaftsgrenze, die die beiden Völker nicht trennt, sondern einigt" wurde wohlwöndend avisiert.

Artikel 1 bestimmt, "daß die festgelegte und bestehende Grenze, die von der Ostsee entlang der Linie westlich von der Ortschaft Swinoujcie und von dort entlang dem Fluß Oder bis zur Einmündung der Lausitzer Neiße und die Lausitzer Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, die Staatsgrenze zwischen Deutschland und Polen bildet."

Der Wortlaut der Grenzbeschreibung lehnte sich eng an die Formulierungen des Potsdamer Protokolls an. Ebenso wie in Potsdam wurde allerdings auch hier das Stettiner Gebiet nicht erwähnt. Natürlich berief man sich in Görlitz nicht auf die in Potsdam getroffene Feststellung, daß die Grenzbeschreibung nur bis zur "endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens" in einer kommenden Friedensregelung gelte.

Genau hierauf hob indessen die Bundesregierung am 9. Juni ab und betonte, daß die Entscheidung über die zur Zeit unter polnischer und sowjetischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete erst in einem mit Gesamtdeutschland abzuschließenden Friedensvertrag erfolgen könne. Die Bonner Regierung handelte hier in Übereinstimmung mit den Fraktionen des Deutschen Bundestages - mit Ausnahme freilich der KPD - sowie den Westmächten, die ähnlich wie Bonn energische Proteste gegen das Görlitzer Abkommen erhoben.

So erklärte am 8. Juni der Sprecher des US-Außenministeriums, McDermott, Görlitz stelle eine Verletzung der Vereinbarungen von Potsdam dar: "Es handelt sich dabei um eine Angelegenheit, die nicht von Vertretern des gegenwärtigen ostdeutschen Regimes geregelt werden kann, da dieses keine reale demokratische Grundlage hat und keineswegs im Namen des deutschen Volkes sprechen kann."

Korrekt äußerte sich auch das Londoner Foreign Office: "Die sogenannte Republik in Ostdeutschland ist in keiner Weise qualifiziert, dieses Gebiet oder irgend ein anderes abzutreten." Das französische Außenamt ermächtigte am 7. Juni seinen Hohen Kommissar in Deutschland zu der eher verhaltenen Erklärung, daß Frankreich das Staatsgebiet Deutschlands ausdrücklich in den Grenzen von 1937 anerkenne.

Als entscheidendes Argument gegen eine Gültigkeit der Vereinbarung wurde im Westen vor allem die fehlende demokratische Legitimierung der Regierung der DDR bzw. deren fehlende Völkerrechtssubjektivität als lediglich ausführendes Organ der sowjetischen Staatsgewalt angeführt.

Tatsächlich konnten weder die DDR noch die Bundesrepublik mangels Souveränität über eine mit der Grenzfestlegung verbundene Abtretung deutschen Gebiets verfügen. Der durch die Potsdamer Vereinbarungen keineswegs eliminierte deutsche Gesamtstaat war aufgrund fehlender Organe hierzu ebenfalls nicht in der Lage.

Als völlig abwegig beurteilte man die Festschreibung einer "Staatsgrenze zwischen Polen und Deutschland" also ein Handeln der DDR im Namen ganz Deutschlands, als dessen reorganisierter Kernteil sie sich verstand.

Alle Bundesregierungen bis 1969 betonten in der Folge konsequent den allenfalls provisorischen Charakter der Oder-Neiße-Grenze. Immer wieder gab es entsprechende Bekundungen von Politikern der Regierungs- sowie der Oppositionsparteien.

So attestierte etwa Willy Brandt 1963 in der Stuttgarter Zeitung demjenigen, der "der diktierten Grenzlinie (an Oder und Neiße) zustimmt", daß er "es nicht gut mit den zukünftigen deutsch-polnischen Beziehungen" meine. Auf Regierungsebene sprach sich Brandt als Außenminister erstmals 1968 für eine "Anerkennung bzw. Respektierung der Oder-Neiße-Linie bis zur friedensvertraglichen Regelung" aus.

Bekanntlich spielte die Grenzfrage in den deutsch-polnischen Vereinbarungen der frühen 70er Jahre eine bedeutende, die bundesdeutsche Politik und Öffentlichkeit wie kaum ein anderes Thema polarisierende Rolle. Im Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970 stellten die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen übereinstimmend fest, daß die bestehende Grenzlinie, deren Verlauf in den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz festgelegt worden sei, "die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet". Sie erklärten, "daß sie gegeneinander keine Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden".

Daß mit diesen von der sozial-liberalen Regierung ausgehandelten Formulierungen keinerlei Vorwegnahme einer friedensvertraglichen Regelung erfolgt sei, sie "keine Rechtsgrundlage für die heute bestehenden Grenzen" bildeten, bekräftigte auf Drängen der CDU/CSU-Fraktion der Deutsche Bundestag am 10. Mai 1972 - eine Auffassung, die das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung zu den Ostverträgen vom 7. Juli 1975 bestätigte.

Tatsächlich verfestigte sich jedoch die Grenze an Oder und Neiße im Bewußtsein vieler Politiker sowie großer Teile der Öffentlichkeit im Laufe der Zeit immer mehr. Selbst manche Vertreter der christlich-liberalen Regierungen nach 1982 stellten nur noch in Sonntagsreden für Vertriebene die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze in Frage.

Bereits vor dem Fall der Mauer verkündete Außenminister Genscher am 27. September 1989 vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen, das polnische Volk solle wissen, "daß sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird". Eine entsprechende Bundestagserklärung folgte bald darauf.

In seiner Regierungserklärung vom 21. Juni 1990 kündigte Bundeskanzler Kohl an, daß das wiedervereinigte Deutschland die "Grenze Polens zu Deutschland, so wie sie heute verläuft" völkerrechtlich anerkennen werde: "Entweder wir bestätigen die bestehende Grenze oder wir verspielen unsere Chance zur deutschen Einheit."

Inwieweit das hier angedeutete Drängen der Vier Mächte auf eine entsprechende deutsche Aussage zur deutsch-polnischen Grenze wirklich erforderlich war, oder ob man hiermit bei der Bundesregierung, dem Bundestag und der Volkskammer der DDR, die frühzeitig entsprechende Erklärungen abgaben, lediglich offene Türen einstieß, sei dahingestellt.

Wenn nun der "Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland", der sogenannte "Zwei-plus-vier-Vertrag" vom 12. September 1990, festlegt, daß das vereinte Deutschland und Polen die zwischen ihnen bestehende Grenzen bestätigen werden, so war damit der Weg zu dem erwähnten deutsch-polnischen Grenzbestätigungsvertrag vorgezeichnet.

Dieser mußte jedoch nicht zwangsläufig unter explizitem Verweis auf den Görlitzer Vertrag von 1950 abgeschlossen werden. Zwar spricht der Vertrag von 1990 von einer Bestätigung, nicht Anerkennung der bestehenden Grenzen, zwar wird bewußt offengelassen, wann und von

wem diese Grenzen gezogen wurden. Doch es bleibt die Tatsache, daß mit dem expliziten Bezug auf die Grenzbeschreibung von Görlitz aus dem Jahr 1950 ein unzureichend legitimiertes Vertragswerk zweier stalinistischer Regierungen, das von westlicher Seite über Jahrzehnte hinweg mit Nachdruck als unwirksam charakterisiert wurde, im nachhinein eine völkerrechtliche Aufwertung erfahren hat.

Als "unantastbare Friedens- und Freundschaftsgrenze" hatte die Oder-Neiße-Linie - bis in die 60er Jahre eine der bestbewachtesten und am stärksten abgeriegelten Grenzen in Europa - ohnehin nie gelten können. Streit erhob sich so noch 1985, als die DDR ihr Hoheitsgewässer in der Stettiner Bucht ausdehnte und dabei die Swinemünder Schifffahrtsrinne tangierte. Ein Zwist, der erst im Vorfeld der Vereinigung von 1990 beigelegt werden sollte.<<

13.06.1950

BRD: Der Alterspräsident Paul Löbe (1875-1967) erklärt am 13. Juni 1950 im Namen des Deutschen Bundestages (außer KPD) zur umstrittenen Oder-Neiße-Linie (x243/197): >>... Gemäß dem Potsdamer Abkommen ist das Gebiet östlich von Oder und Neiße ... der Republik Polen nur zur einstweiligen Verwaltung übergeben worden. ... Niemand hat das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Land und Leute preiszugeben und eine Politik des Verzichtes zu treiben.

Die Regelung aller Grenzfragen Deutschlands ... kann nur durch einen Friedensvertrag erfolgen, der von einer demokratisch gewählten deutschen Regierung ... geschlossen werden muß.<<

16.06.1950

DDR: Das Informationsamt der SED-Regierung berichtet am 16. Juni 1950 über die "Waldheim-Prozesse" des Landgerichts Chemnitz gegen 3.324 ehemals in sowjetischen Lagern internierte deutsche Kriegsverbrecher (x126/214): >>In den Verhandlungen entrollt sich vor den Zuhörern ein Bild unsäglich Grausamkeit, Folterungen und bestialischer Mordtaten, die von den Angeklagten an deutschen Antifaschisten, an Juden und an der Bevölkerung in den von den deutschen Faschisten zeitweise besetzten Gebieten Polens, der Tschechoslowakei, der Sowjetunion, Frankreichs usw. begangen wurden. ...

Indem die Gerichte der Deutschen Demokratischen Republik diese Verbrecher, die den Namen Deutschlands in der ganzen Welt geschändet und namenloses Unglück über unser Volk gebracht haben, den harten und gerechten Strafen zuführen, leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Demokratisierung Deutschlands und zur Festigung des Friedens. ...<<

23.06.1950

DDR: Im Vertrag vom 23. Juni 1950 behaupten die Regierungen der DDR und der Tschechoslowakei, "daß es zwischen beiden Staaten keine Streitigkeiten und keine offenen Fragen gibt" (x009/50).

Die DDR und die Tschechoslowakei verzichten damals gegenseitig auf alle Gebietsansprüche und erklären die Vertreibung der Sudetendeutschen für unabänderlich, gerecht und endgültig (x009/511).

25.06.1950

BRD: Bei Bad Harzburg, in unmittelbarer Nähe der DDR-Grenze, wird am 25. Juni 1950 vor 20.000 Vertriebenen das "Kreuz des deutschen Ostens" eingeweiht.

Korea: Das kommunistisch geführte Nordkorea überfällt am 25. Juni 1950 den südlichen Nachbarstaat Südkorea.

Nordkorea erhält zunächst Waffenhilfe (sog. "Freiwillige") aus China.

Südkorea wird später durch die USA und UN-Streitkräfte unterstützt. Der später von US-General MacArthur geforderte Einsatz von Atombomben (gegen Nordkorea) wird von Präsident Truman abgelehnt. Dieser 3jährige Krieg wird allein in Südkorea etwa 1,0 Millionen Tote und Verwundete fordern (x073/237).

Während des Korea-Krieges ereignen sich wegen des Aufnahmeantrags Chinas in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen heftige Debatten im Weltsicherheitsrat.

General MacArthur schreibt später, wie er damals einen totalen Sieg in Korea erringen wollte (x299/161): >>... Die Mandschurei "sollte mit einem Gürtel von 30-50 Atombomben belegt werden. ... Nach der Ausschaltung der feindlichen Luftstreitkräfte wollte ich 500.000 nationalchinesische Soldaten Tschiang Kai-scheks einsetzen. ..."

Frage: Wodurch sollte verhindert werden, daß weitere chinesische Truppen in Korea eindringen?

Antwort: "... Ein Strahlungsgürtel, der sich vom Japanischen Meer erstrecken und von unseren südwärts ziehenden Marineinfanterieeinheiten mit radioaktivem Kobalt angelegt werden sollte, ... hätte für mindestens 60 Jahre Korea von einer von Norden her auf dem Landwege erfolgenden Invasion sicher gemacht."<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den Koreakrieg (x068/288-290): >>Korea, seit langem ein bevorzugtes Objekt amerikanischer Außenpolitik, war durch die vernichtende Niederlage Chinas im Krieg gegen Japan 1895 "unabhängig", nach Japans neuerlichem Sieg 1905 auch über Rußland vier Jahrzehnte vom Sieger besetzt, schließlich 1945 durch die Konferenz von Potsdam abermals "unabhängig" geworden. Im August und September okkupierte die Sowjetunion den Norden, die USA den Süden des Landes.

Die rußlandfeindliche US-Politik führte aber auch hier zum Zerwürfnis. 1948 bricht das Land in zwei feindliche Teilstaaten diesseits und jenseits des 38. Breitengrades auseinander, im Süden am 15. August 1948 in die Republik von Korea, im Norden am 9. September in die Demokratische Volksrepublik Korea. Es kommt, durch beide Seiten, zumal aber durch das diktatorische Regime Südkoreas unter Syngman Rhee, zu ständigen Grenzprovokationen, und nach fortgesetzten militärischen Konflikten an der Demarkationslinie fallen am 25. Juni 1950 nordkoreanische Truppen in Südkorea ein und überrennen es weithin in zwei Monaten.

Präsident Truman reagiert rasch. Schon am 27. Juni 1950 befiehlt er den Einsatz von See- und Luftstreitkräften, am 30. Juni den Einsatz auch von Bodentruppen. Ein kleines, mehr symbolisches Kontingent der Vereinten Nationen unterstellt sich kurz darauf dem US-Oberbefehlshaber General Douglas MacArthur. Gleichwohl bestreitet Truman, daß die USA im Kriegszustand seien, und erklärt, es handle sich um eine Polizeioperation im Auftrag der UNO. Und am 30. November droht er mit dem Einsatz der Atombombe; schließlich hatte er als einziger Staatsmann der Welt praktische Erfahrung damit.

Mindestens zweimal erwog damals der Präsident, nach seinem eigenen Tagebuch, einen Atomkrieg gegen Sowjetrußland und Rot-China. Man müsse, notierte er, ein auf 10 Tage befristetes Ultimatum stellen und bei Ablehnung "sämtliche Häfen und Städte ausradieren".

"Dies bedeutet umfassenden Krieg. Es bedeutet, daß Moskau, St. Petersburg, Mukden, Wladiwostok, Shanghai, Port Arthur, Dairen, Odessa, Stalingrad und jede Produktionsstätte in China und in der Sowjetunion vernichtet werden müsse". Und zu den Waffenstillstandsverhandlungen in Korea schrieb Truman am 18. März 1952 ins Tagebuch: "Ihr akzeptiert entweder unsere fairen Vorschläge, oder ihr werdet vollständig zerstört".

Inzwischen wogte die Polizeioperation (u.a. mit 424.000 Marineinfanteristen) auf der einen, der Krieg auf der anderen Seite furchtbar hin und her. Die Nordkoreaner sollen schauerliche Massaker verbrochen, die USA Bakterien eingesetzt haben. Bei einer Gegenoffensive überschreitet MacArthur - unter Mißachtung der bisher gewährten Containment-Politik - den 38. Breitengrad, erobert fast ganz Nordkorea und dringt im Oktober/November bis zum Yalu an der Grenze von China vor.

Der amerikanische Oberbefehlshaber glaubt sogar, den Fluß ohne wesentlichen Widerstand überschreiten zu können, wird aber im Januar 1951, unter Beteiligung von Hunderttausenden

mehr oder weniger freiwilliger Rotchinesen, in einen überaus verlustreichen, teilweise in jämmerliche Flucht ausartenden Winterkrieg verwickelt und bis auf den 38. Breitengrad zurückgeworfen.

Der ehrgeizige General schlägt Truman nun eine Verschärfung und Ausweitung des Kampfes vor. Der Präsident, der doch keine Neigung hat, die "Polizeiaktion" zu einem Dritten Weltkrieg eskalieren zu lassen, widerstrebt. Der General, nicht unbekannt durch seine Renitenz, versteift sich, geht in die Öffentlichkeit, und Truman enthebt ihn am 11. April 1951 seines Postens.

Dies ruft in den USA, besonders im Asia First-Kreis, eine derartige Erregung hervor, daß man davon spricht, Truman vor ein Gericht zu stellen und MacArthur zum Präsidenten zu machen. 78.000 Telegramme sollen ins Weiße Haus geflattert sein, angeblich 20 zu 1 für MacArthur. Doch nach einiger Zeit klugen Abwartens kümmert man sich kaum noch um ihn.

In Südkorea treibt indes Präsident Syngman Rhee weiter zu einem totalen Krieg. Auch er möchte die Chinesen nebst Anhang wieder über den Yalu zurückgeworfen sehen, notfalls durch den Einsatz von Atomwaffen.

Das amerikanische Volk aber hatte den Koreakrieg bald satt, mutete er doch fast wie ein Rückfall in die Zeit des Kolonialismus an. Nahezu zehntausend Meilen war das Schlachtfeld entfernt. Das Transportwesen hatte sich als unzulänglich erwiesen. Die amerikanischen Jagdflugzeuge waren der russischen MIG-15 nicht gewachsen. Keine einzige dieser Maschinen wurde abgeschossen, vielmehr bekannten US-Piloten öffentlich, es sei Selbstmord, den Kampf damit aufzunehmen. (100.000 Dollar Belohnung winkten jedem Koreaner, der eine MIG 15 "hinter den amerikanischen Linien landete".) Die Panzer made in USA freilich operierten zunächst gut - aber nur solange es nicht regnete. Dann versanken sie.

Die USA konnten den Koreakrieg nicht, wie üblich, mit der Kapitulation oder der völligen Niederlage des Feindes beenden. Nach einer Feuerpause begannen im Juli 1951 langwierige Friedensverhandlungen, die endlich am 27. Juli 1953 in Panmunjom zur Unterzeichnung eines Waffenstillstandsvertrags führten, der den Frontverlauf als Defacto-Staatsgrenze bestätigte.

...<<